

# Uni-Dozenten im Abstimmungskampf

Uni Basel Professoren dürfen in Kursen Abstimmungsempfehlungen aussprechen. Das gefällt nicht allen

VON MÉLANIE HONEGGER

Wenn in einer Woche über die Spitalfusion abgestimmt wird, werden auch einige Stimmcouverts von Studierenden in der Urne landen. Das wissen auch jene Dozenten, die im Rahmen von Kursen ihre Abstimmungsempfehlung an sie weitergeben. So geschehen erst kürzlich an der Medizinischen Fakultät, wo ein Mitglied des Dekanats den Prüflingen des Staatsexamens ein Ja zur Spitalfusion ans Herzen legte. Für den Vorstand der Studentischen Körperschaft der Uni Basel «Skuba» ein problematisches Vorgehen: «Die Skuba steht Abstimmungsempfehlungen skeptisch gegenüber, vertritt aber die Haltung, dass die einzelnen Fälle differenziert betrachtet werden müssen», sagt Vorstandsmitglied Daniel Seitz. Der Sport- und Biologie-Student hat selbst noch nie erlebt, dass ein Dozent eine Empfehlung abgegeben hat. Aber die politische Meinung eines Dozenten bezüglich seines Fachbereichs werde hin und wieder ersichtlich. «Ich würde es bevorzugen, wenn Vor- und Nachteile klar aufgezeigt würden. Eine Empfehlung finde ich aber sehr problematisch. Der Diskurs sollte wissenschaftlich bleiben», sagt Seitz.

Ähnlich sieht es Düzgün Dilsiz, Wirtschaftsstudent an der Universität Basel und ehemaliger Initiant des Weltwoche-Vorstosses: «Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Dozenten im Rahmen ihres Lehrauftrages explizit Abstimmungsempfehlungen abgeben, ausser es geht um grundlegende Positionen der Universität Basel», sagt er gegenüber der bz. «Alles andere ist für mich politische Einflussnahme, weil Professoren ihre Rolle zur Verbreitung einer politischen Botschaft ausnützen.»

## Philodozent hält sich zurück

Die Abstimmungsempfehlung zur Spitalfusion ist indes kein Einzelfall. Eine Studentin berichtet gegenüber der bz von einer Abstimmungsempfehlung, die ein Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät abgab. Der Professor legte dem Publikum im Rahmen einer Vorlesung im Jahr 2013 ein Nein zur 1:12-Initiative nahe.



«Das Ozeanium fällt zum Teil in meinen wissenschaftlichen Kompetenzbereich, aber ich trenne hier zwischen meiner Lehrtätigkeit und meinem öffentlichen Engagement.»

Markus Wild Professor für Philosophie, Uni Basel

«Eine Empfehlung finde ich sehr problematisch. Der Diskurs sollte wissenschaftlich bleiben.»

Daniel Seitz Vorstandsmitglied Skuba



Sind sich in der Frage der Abstimmungsempfehlungen nicht einig: Studierende der Universität Basel.

JURI JUNKOV

Auch andere Dozenten sind für ihre politische Haltung bekannt. Der Wirtschaftsprofessor Aleksander Berentsen positionierte sich im Vorfeld der Vollgeld-Initiative als vehementer Gegner der Vorlage. Aktuell ein politischer Vordenker an der Uni Basel ist der Philosophieprofessor Markus Wild, der in Tierethik spezialisiert ist und gegen das geplante Ozeanium kämpft.

Der Dozent spricht selbst keine Abstimmungsempfehlungen aus, wie er der bz schreibt. «Das Ozeanium fällt zum Teil in meinen wissenschaftlichen Kompetenzbereich, aber ich trenne hier zwischen meiner Lehrtätigkeit und meinem öffentlichen Engagement.» Allerdings fordere er die Studierenden bisweilen dazu auf, sich an eidgenössischen Abstimmungen überhaupt zu beteiligen. Wilds Studierende be-

stätigen, dass ihnen ihr Professor keine Meinung aufzwinge. Ausserdem seien gerade Studierende zur kritischen Reflexion fähig, wie Philosophie-Student Lukas Hilgert betont: «Sie sind mündige Mitglieder der Gesellschaft, die man nicht unterschätzen sollte, wenn es darum geht, ihre eigenen Meinungen zu vertreten und für sie zu argumentieren.»

## Vorschriften gibt es keine

Für die Universitätsleitung ist das politische Engagement einzelner Dozierender unproblematisch. Es gebe an der Uni Basel «keine Vorschriften», die es den Dozenten untersagen würden, Abstimmungsempfehlungen auszusprechen, so Sprecher Matthias Geering. Die Universitätsleitung könne und wolle den Dozierenden «keinen Maulkorb anlegen». «Wir ha-

ben es an der Universität ja mit erwachsenen und klugen Leuten zu tun, die Inhalte hinterfragen können.»

Dennoch betont auch Geering, dass es auf den konkreten Fall ankomme. Gebe es einen inhaltlichen Bezug zur Vorlesung, so sei für ihn ein Positionsbezug eines Dozenten vertretbar. «Bei der Spitalfusion sind politische Äusserungen von Dozenten meiner Meinung nach vertretbar, da die Universitätsleitung in dieser Frage eine klare Haltung und diese auch öffentlich kundgetan hat», so Geering.

Die Haltung der Uni Basel deckt sich mit jener anderer Schweizer Unis. Von den angefragten Hochschulen haben drei geantwortet: die Universitäten Fribourg, Bern und Luzern. An allen dreien gibt es wie an der Uni Basel auch keine entsprechenden Vorschriften für Dozierende.

## «propatient»

### Neuer Forschungspreis vergeben

Die vom Universitätsspital Basel gegründete Forschungsstiftung «propatient» vergibt dank einer grosszügigen Zuwendung zum ersten Mal den Annermarie-Karrasch-Forschungspreis. Ausgezeichnet wird Professor Doktor Gregor Hutter für sein Forschungsprojekt zur neuartigen Behandlung bösartiger Hirntumore. Ziel des Projekts ist es, über definierte Medikamentenkombinationen von Tumoren beeinflusste Abwehrzellen im Gehirn umzupro-

grammieren, sodass sie Tumorzellen auch tatsächlich angreifen, anstatt deren Wachstum zu unterstützen.

Die Stiftung «propatient» fördert fachübergreifende Forschung und Innovation mit einem direkten Nutzen für Patientinnen und Patienten. Eine Spende aus dem Nachlass von Annermarie Karrasch ermöglicht der Stiftung, während fünf Jahren den mit 25 000 Franken dotierten Forschungspreis zu vergeben. (BZ)

# GLP stellt Zivis infrage

Arbeitsmarkt Günstige Zivildienstleistende sollen keine Stellensuchenden verdrängen

Zivildienstleistende werden oft auch in der öffentlichen Verwaltung eingesetzt, etwa als Klassenassistenten in Schulen, wo sie die Lehrpersonen unterstützen. Grundsätzlich findet das auch die grünliberale Grossrätin Katja Christ sinnvoll, gleichzeitig aber hat sie auch Befürchtungen: «Was keinesfalls geschehen darf, ist, dass der Einsatz von Zivis

Ausbildungsplätze und Einsätze von vorhandenen Arbeitskräften wie Wiedereinsteigern verhindert.» Die kostengünstigen Zivildienstleistenden dürften nur dann eingesetzt werden, wenn ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz nicht anders besetzt werden kann. Ansonsten werde der Einsatz zur Sparübung auf Kosten von Auszubildenden oder

Stellensuchenden «und kostet den Staat anderweitig genauso viel, wie mit dem Einsatz des Zivis gewonnen wurde». Christ will nun von der Basler Regierung unter anderem wissen, wie viele Zivis in der Verwaltung arbeiten, welches die Vor- und Nachteile ihrer Einsätze sind, und inwiefern sie andere konkurrenzieren. (BZ)

# Basler Quartiertreffpunkte kämpfen um ihr Überleben

Sparpläne Bürgerliche wollen Stadtteilsekretariate und Quartierkoordination einsparen. Das sei völlig verfehlt, findet deren Dachverband.

Bevor es endgültig ernst wird, startet die Interessengemeinschaft der Quartiertreffpunkte (IGQ) nochmals ihren letzten Aufruf: Stadtteilsekretariate wie auch Quartiertreffpunkte sollen unbedingt weiterbestehen. Sie seien wichtige Elemente des demokratischen Lebens in den Basler Stadtquartieren und würden gewährleisten, dass die Anliegen der Quartierbewohner und ihrer Organisationen in den Quartieren Ausdruck fänden, betont

IGQ-Präsidentin Christine Lindt in einer gestern verschickten Mitteilung.

Doch damit könnte schon bald Schluss sein. Die fünf bürgerlichen Parteien verlangen in einem vorgezogenen Budgetpostulat, dass die zwei Stadtteilsekretariate und die Quartierkoordination Gundeldingen ab 2020 kein Geld mehr vom Kanton erhalten. Rund 360 000 Franken wollen die Bürgerlichen damit sparen. Gleichzeitig aber wollen sie 100 000 Franken für Quartiertreffpunkte neu ins Budget aufnehmen, weil diese Form der Quartierarbeit «weitaus effizienter» sei. Das Geschäft ist für kommende Woche im Parlament traktandiert.

Die IGQ wehrt sich nun dagegen, dass Stadtteilsekretariate und Quartiertreffpunkte gegeneinander ausgespielt

werden. Sie würden sich gegenseitig ergänzen. Es brauche deshalb beide für eine effiziente und nachhaltige Quartierarbeit. Stadtentwicklung gehöre nicht zu den Aufgaben der Quartiertreffpunkte. Hier könnten neue Kosten auf den Kanton zukommen, wenn es keine Stadtteilsekretariate mehr gebe.

Die bürgerlichen Kritiker sehen das anders: «Die Treffpunkte leisten einen wesentlichen Beitrag in den Quartieren für das gesellschaftliche Miteinander und fördern das Zusammenleben», heisst es in dem Budgetpostulat. «Stadtteilsekretariate und Quartierkoordination haben dieses Ziel infolge ihrer Nähe zur Verwaltung nicht erreicht.» Die Regierung wiederum hatte sich für die Stadtteilsekretariate ausgesprochen. (BZ)

INSERAT

« Ich sage JA, weil das Paket Klarheit und Rechtssicherheit für die Unternehmen, aber auch mehr Geld ins Portemonnaie der Baslerinnen und Basler bringt. »

**STEUER-VORLAGE**

Ein Gewinn für alle

**JA**

Katja Christ, Grossrätin und Präsidentin glp BS

baslerkompromiss.ch